Privatkassen

Höhere Hürde beim Wechsel

Für Gutverdiener wird es künftig schwerer, in die private Krankenversicherung zu wechseln. Heute ist dafür ein Bruttoeinkommen von mindestens 54 900 Euro pro Jahr erforderlich. Im nächsten Jahr wird diese jährliche Entgeltgrenze auf 56 250 Euro brutto steigen – umgerechnet also 4687,50 Euro im Monat. Das geht aus dem Entwurf einer neuen Verordnung des Bundessozialministeriums hervor. Außerdem müssen gesetzlich Versicherte mit höherem Einkommen für ihre Krankenkasse bald tiefer in die Tasche greifen. Die sogenannte Beitragsbemessungsgrenze wird 2016 von derzeit 49 500 auf dann 50 850 Euro jährlich (monatlich: 4237,50 Euro) angehoben. Sie legt fest, bis zu welcher Einkommenshöhe die prozentualen Kassenbeiträge abgeführt werden müssen. Auf den Einkommensteil, der darüber liegt, werden keine Sozialabgaben fällig. Diese Grenze wird alljährlich neu berechnet. Kabinett und Bundesrat müssen den Plänen noch zustimmen. cos

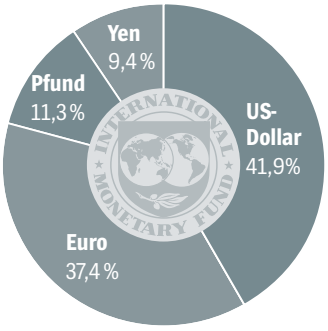
IWF

Ab ins Körbchen

Chinas Anteil am Währungskorb des Internationalen Währungsfonds (IWF) würde nach gegenwärtigem Stand höher ausfallen als der von Großbritannien oder Japan. Der Yuan werde eine Quote von deutlich über zehn Prozent an der IWF-Kunstwährung bekommen, heißt es in Washington. Diese Größenordnung stößt auf Vorbehalte Japans. Um sie auszuräumen, ist im Gespräch, den Anteil des Yuan am IWF-Währungskorb zunächst bei rund zehn Prozent zu deckeln und erst später zu erhöhen. Derzeit besteht die IWF-Kunstwährung zum größten Teil aus Dollar und Euro, aber auch aus britischem Pfund und Yen (siehe Grafik). Die geplante Aufnahme des Yuan macht die finanziellen Hilfen des IWF für Pleiteländer teurer. Die Zinsen für die Korbwährung, in der der IWF seine Programme abrechnet, werden steigen, weil die Zinsen im Schwellenland China höher liegen als in den USA, der Eurozone, Großbritannien und Japan. Im November befindet die IWF-Leitung darüber, ob Chinas Yuan reif ist, frühestens zum 1. Oktober 2016 in den Klub der Reservewährungen aufgenommen zu werden. Dazu muss das Land noch einige Reformen einleiten, vor allem den Wechselkurs liberalisieren. China übernimmt im nächsten Jahr die G-20-Präsidentschaft. Eine größere Rolle des Yuan wäre ein prestigeträchtiger Erfolg. rei

Zusammensetzung der IWF-Kunstwährung

Januar 2011 bis 30. September 2016



Wechselstube in Singapur

FOTO: EDGAR SU / REUTERS

Kommentar

Ende der Trickserei

Der E.on-Chef hat sich bei den atomaren Altlasten verzockt.

Sollten die großen Energieversorger überhaupt noch einen Rest Vertrauen und Glaubwürdigkeit bei Politikern und in der Öffentlichkeit genossen haben, Johannes Teyssen hat ihn verspielt. „Nein, wir gründen keine Bad Bank fürs Atom“; „Nein, wir stehlen uns nicht aus der Verantwortung“; „Nein, die Rückstellungen für die atomaren Altlasten sind sicher.“ All das hatte der E.on-Chef beteuert, als er im vergangenen Jahr mit dem Plan überraschte, den Konzern in zwei Unternehmen aufzuspalten. In einem Teil sollte das alte, traditionelle Geschäft mit Gas-, Kohle- und Atomkraftwerken fortgeführt werden. Der andere, die E.on AG, sollte sich um die zukunftsträchtige Sparte der erneuerbaren Energien kümmern.

Mit gutem Grund traute Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel den Beteuerungen aus Düsseldorf nicht. Der praktische Nebeneffekt von Teyssens Plänen wäre gewesen, dass E.on nach nur fünf Jahren nicht mehr für seine atomaren Altlasten haftbar gewesen wäre. Gabriel brachte deshalb vor zwei Wochen ein Gesetz auf den Weg, mit dem solche Schlupflöcher geschlossen werden. Atomkonzerne bleiben mit all ihren Töchtern in der Haftung, egal welche gesellschaftsrechtlichen Winkelzüge sie sich einfallen lassen.

Damit saß Teyssen in der Falle. Sein Konzernumbau ergab keinen Sinn mehr. Und so ruderte der Manager am Donnerstag zurück und verkündete eine weitere Neuausrichtung. Nun soll die Atomsparte plötzlich doch bei E.on bleiben. Es war das Eingeständnis eines Täuschungsmanövers.

In wenigen Wochen will die Bundesregierung eine Expertenkommission einsetzen. Sie soll über die Zukunft des Atommülls beraten. Die Konzerne möchten einen Teil der von ihnen gebildeten Milliardenrücklagen in eine Art öffentlichen Fonds einbringen. Im Gegenzug wollen sie die Verantwortung für die Endlagerung des Atommülls auf den Bund übertragen. Die Bereitschaft der Politik, in einen solchen Plan einzuwilligen, dürfte nach Teyssens Tricksereien nicht gewachsen sein. Er hat sein Blatt wohl überreizt. Frank Dohmen